

Resolution zur Zulassung eines Kooperationsmodells im Bereich der Pflegeausbildung zwischen der Schule für Pflegeberufe der Kliniken GmbH und der öffentlichen beruflichen Schule, der Mathilde-Planck-Schule Lörrach

Der Fachkräftemangel in der Pflege und im Gesundheitswesen ist besorgniserregend. Gerade in den Landkreisen, die an die Schweiz angrenzen ist er besonders prekär, da seit Jahren eine hohe Abwanderung von Fachkräften in die Schweiz zu verzeichnen ist. Der Pflegenotstand spitzt sich im Landkreis Lörrach in der ambulanten und stationären Pflege sowie im Gesundheitswesen mehr und mehr zu.

Eine Möglichkeit, dem Fachkräftebedarf zu begegnen, wäre, mehr Menschen in Ausbildung zu bringen und möglichst allen geeigneten Bewerbenden einen Ausbildungsplatz anbieten zu können. An diesem Punkt setzt das Modell einer Kooperation zwischen der privaten Schule für Pflegeberufe der Lörracher Kliniken GmbH und der öffentlichen beruflichen Schule, der Mathilde-Planck-Schule Lörrach an. Die Kooperation birgt außerdem die Chance, die Pflegeausbildung an der Mathilde-Planck-Schule Lörrach wieder zügig zu etablieren und aufzubauen.

Der Kreistag des Landkreises Lörrach hält diese Kooperation für einen gangbaren und erfolgversprechenden Weg zur Steigerung der Ausbildungskapazitäten im Pflege- und Gesundheitswesen im Landkreis Lörrach. Der Kreistag bittet daher die Landesregierung eindringlich, die Voraussetzungen zur Zulassung des im nachfolgenden beschriebenen Modells (als Modellprojekt) zu schaffen. Bisher lehnen die beiden zuständigen Ministerien die Kooperation mit dem Hinweis auf die bestehenden Regelungen in der Ausbildungs- und Prüfungsordnung ab.

Kernstück des Kooperationsmodells ist, dass sich die Schule für Pflegeberufe der Kliniken GmbH auf die Ausbildung zum/zur Pflegefachmann/-frau konzentriert und die Auszubildenden für die Helferausbildung (Gesundheits- und Krankenpflegehelfer/-in) an die Mathilde-Planck-Schule Lörrach abgibt. Damit können räumliche und personelle Kapazitäten für eine zusätzliche Klasse für Pflegefachkräfte an der Schule für Pflegeberufe geschaffen werden. Der Schule für Pflegeberufe ist es derzeit nicht möglich, allen geeigneten Bewerber/-innen einen Schulplatz anzubieten, da räumliche und personelle Ressourcen fehlen. Dies führt dazu, dass geeigneten Bewerbern abgesagt werden muss. Im Gegensatz dazu kann die Mathilde-Planck-Schule auf eine gewisse Anzahl an Fachlehrerstunden und Räumlichkeiten zurückgreifen, die sie in die Kooperation einbringen könnte. Eine gemeinsame Beschulung mit Schüler/-innen der Altenpflegehilfe wäre denkbar.

Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre kann die Schule für Pflegeberufe verlässlich zusichern, ausreichend Schülerinnen und Schüler für eine Helferausbildung an die Mathilde-Planck-Schule zu entsenden, sodass das Modell auch langfristig angelegt wäre.

Dieses Kooperationsmodell hat im Blick, dass die Landesregierung plant, die einjährige Helferausbildung in eine zweijährige (generalisierte) Assistentenausbildung zu überführen. Es ist daher unverständlich, weshalb nicht bereits vorab eine Ausnahmegenehmigung in diesem Bereich möglich ist, zumal alle Akteure bereit sind, sich gegenseitig umfassend zu unterstützen.

Die divergierenden Zuständigkeiten der Ministerien für die Ausbildungen der Krankenpflegehilfe und der Altenpflegehilfe sind bekannt, sollten aber im Hinblick auf die große Not vor Ort überwunden werden können. Diese Thematik stellt sich ohnehin nur für die Übergangszeit bis zur Einführung der Assistentenausbildung.

Zusammenfassend verfolgt der Landkreis mit der Kooperation der beiden Pflegeschulen folgende Ziele:

- Sofortige Ausweitung von Ausbildungskapazitäten um eine Klasse Pflegefachfrau/-mann an der Schule für Pflegeberufe der Kliniken GmbH ab dem Schuljahr 2024/25
- Erhalt bzw. Wiedereinführung der Helferausbildung an der Mathilde-Planck-Schule Lörrach
- Perspektivisch: Schaffen der Voraussetzungen für eine erfolgreiche Einführung der Assistentenausbildung an der Mathilde-Planck-Schule Lörrach

Das Land plant nach Auskunft der Ministerien die Einführung der generalisierten Assistentenausbildung bereits zum Schuljahr 2024/25 vorzunehmen. Für den Fall, dass die Umsetzung zu diesem Zeitpunkt nicht gelingt, fordert der Kreistag die Zulassung des oben beschriebenen Modells, um nicht weitere Zeit zu verlieren.